

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Überproduktion der falschen «Eliten»
von Daniel Rickenbacher

Seite 2

Kanton Zürich

SVP-Vorstösse: ein Schritt vorwärts, zwei zurück
von Romaine Rogenmoser

Seite 3

Aktuell

Vernehmlassung zur Änderung des Bildungsgesetzes
von Rochus Burtscher

Seite 4–5

Parlamentsgemeinden

Züri Fäscht scheitert an Linksgrün
von Michele Romagnolo

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Chlaushöck der SVP Zürich 12 in Schwamendingen

Seite 8

FINANZPOLITIK

Steuern sichern – Standort stärken

Im Zuge der Abschaffung der Statusgesellschaften und der Steuer-AHV-Vorlage haben viele Kantone ihre Steuern gesenkt. Der Kanton Zürich ist in Sachen Standortattraktivität ins Hintertreffen gekommen. Darum ist eine Reduktion der Steuern dringend angezeigt.



Der Technopark in Zürich beherbergt zahlreiche Start-Ups.

Bild: Wikipedia

Es ist wie in der Gastronomie: Ein wahrschafftes Restaurant kann einen noch so guten Service bieten – wenn die Nachbarsbeiz günstiger und ihre Bedienung nicht schlecht ist, wird das Restaurant irgendwann die Folgen spüren. Über kurz oder lang könnten sogar Stammgäste zur Konkurrenz abwandern.

Der Kanton Zürich ist ein Standort mit einem hervorragenden Gesamt-service. Die Unternehmenssteuern sind im Vergleich aber hoch. Das ist das Ergebnis des starken Wandels in der Steuerlandschaft, der im Zug der Abschaffung der Statusgesellschaften und mit der Steuer-AHV-Vorlage eingetreten ist. Neben ländlichen Tiefsteuernkantonen senkten auch die grossen Wirtschafts-

zentren ihre Unternehmenssteuern, und das massiv. Der Kanton Basel-Stadt reduzierte seinen Gewinnsteuersatz um 68 Prozent, Genf um 67 Prozent und die Waadt um 61 Prozent. Die Folge: Auch diese Wirtschaftskantone, die im schweizweiten Vergleich lange hinter Zürich lagen, haben unseren Standort überholt. Der Kanton Zürich belegt nun den letzten Platz in der Rangliste.

Regierungsrat handelt

Der Regierungsrat will das nicht hinnehmen. So wie nicht akzeptiert würde, wenn der Kanton Zürich zum Beispiel bei der Gesundheit, beim öffentlichen Verkehr oder in einem Standortvergleich auf dem letzten Platz landen

würde. Hinzu kommt, dass die Entwicklung der steuerlich abschöpfbaren Ressourcen im Kanton Zürich im schweizweiten Vergleich stagniert. Gemeint sind damit die Einkommen, Unternehmensgewinne und ein Anteil an Vermögen. Auch dieser Befund zeigt an, dass der Kanton etwas tun muss, um die steuerbare Wertschöpfung zu stärken. Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat eine massvolle Senkung des Gewinnsteuersatzes von 7 auf 6 Prozent. Das ist der Kern des zweiten Schritts der moderaten und massgeschneiderten Steuervorlage 17. Der erste, ab 2020 umgesetzte Schritt hatte ebenfalls aus einer leichten Senkung des Gewinnsteuersatzes bestanden – damals

von 8 auf 7 Prozent. Ergänzt wurde er durch die Einführung von Abzügen für besonders forschungsintensive und innovative Firmen.

Schon bei der Vorstellung der Steuervorlage 17 sagte der Regierungsrat, es werde dereinst einen zweiten Schritt brauchen. Indem der Kanton Zürich diesen Schritt jetzt macht, verringert er den Abstand zu den anderen Kantonen, und er erhält mit allen anderen Standortvorteilen seine Attraktivität. Damit sichert er sich auch das breit abgestützte Steuersubstrat, das er heute hat. Das ist wichtig. Denn ein solches Steuersubstrat ist stabiler und nachhaltiger als eines, das von wenigen Gesellschaften abhängt.

Ausgeglichenes Paket

Zum Paket gehört auch, dass die Teilbesteuerung der Dividenden von Aktionären mit bedeutenden Beteiligungen leicht erhöht wird – von 50 auf 60 Prozent. Von 100 Franken Dividenden müssen sie somit neu 60 Franken versteuern.

Der Regierungsrat hatte bei der Präsentation der Steuervorlage 17 angekündigt, dass er die Gesamtbelastung vor und nach dem Reformpaket im vergleichbaren Rahmen halten wird. Wenn jetzt die Gewinne weniger belastet werden, ist eine leichte Erhöhung der Teilbesteuerung angezeigt. Ein Beispiel zeigt: Wenn ein Unternehmen 100 000 Franken Gewinn erzielt und ein Aktionär neben der Dividende über ein Einkommen von 100 000 Franken verfügt, sinkt die Belastung nach der Reform um rund 4,3 Prozent.

Finanziell weitgehend neutral

Was die finanziellen Auswirkungen betrifft, braucht es eine dynamische Sichtweise. Denn tiefere Steuern bedeu-

ten nicht automatisch weniger Geld in der Kasse. Das zeigen die jüngsten Entlastungen.

Nach dem ersten Schritt sind die direkten Steuern der Unternehmen im Kanton Zürich nicht gesunken. Die Steuererträge sind im Gegenteil höher als zuvor. Ähnliches lässt sich auch von den Kantonen Basel-Stadt, Genf und Waadt sagen. In keinem dieser drei Kantone sind die Steuererträge im gleichen Mass zurückgegangen, wie er die Gewinnsteuern gesenkt hat.

Für den Kanton ist die zweite Senkung des Gewinnsteuersatzes insgesamt und mittelfristig weitgehend neutral. So lautet das wahrscheinlichste Szenario einer Studie, die auch die Anpassungsschritte der Unternehmen berücksichtigte.

Keine grossen Auswirkungen hat der zweite Schritt auch für die Gemeinden. Insgesamt werden ihre Minder- durch Mehreinnahmen weitgehend kompensiert. Stark betroffene Gemeinden unterstützen der Kanton in den ersten zwei Jahren mit total je 20 Millionen Franken.

Kein Finanzdirektor verzichtet freiwillig auf Geld. Auch ich nicht. Das Ziel des zweiten Schritts der Steuervorlage 17 ist klar: dass das Steuersubstrat im Kanton Zürich bleibt und der Wirtschaftsstandort gestärkt wird. Oder anders gesagt: Wir wollen die Stammkunden binden und den einen oder anderen neuen Gast ansprechen.



Ernst Stocker
Regierungsrat SVP
Wädenswil

JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT



DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch



Christoph Mörgeli

Alain Bersets versteinerte Miene

Er blickte so ernst und besorgt, als hätten ihm die Medien soeben einen neuen Skandal nachgewiesen. Der Schweizer Bundespräsident Alain Berset gab sich beim offiziellen «Höflichkeitsbesuch» des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán überaus unhöflich. Anders gesagt: Ihro Gnaden waren höchst ungnädig. Den Journalisten blieb Bersets versteinertes Mienen-Nichtspiel nicht verborgen.

«Kein Lächeln (nicht einmal ein müdes)» habe unser Bundespräsident dem amtsältesten Regierungschef Europas geschenkt, kommentierte die «NZZ»: «Orbán kann Berset kein Lächeln ins Gesicht zaubern.» Laut «Blick» gab sich Alain Berset «sichtlich Mühe, nicht zu erfreut über den Besuch zu wirken». Auf den Bildern war mit Händen zu greifen, dass Berset seinen SP-Genossen signalisieren wollte: Dieser politisch so andersdenkende Ungar verdient keine Willkommenskultur.

Dabei hat derselbe Alain Berset in den Tagen zuvor dem französischen Staatspräsidenten Emanuel Macron nicht genug schmeicheln können. Unser Bundespräsident strahlte wie ein Maikäfer und knutschte den Pariser Gast ab wie ehemals die Genossen Staatsratsvorsitzenden mit ihren berüchtigten sozialistischen Bruderküssen. Diplomatisch eröffnet die Benennung der jeweiligen ausländischen Staatsgäste mittels abgestufter Mimik unserer Bundesräte eine unerfreuliche Perspektive. Wollen wir sehen, wie SVP-Mann Albert Rösti den deutschen SPD-Kanzler Olaf Scholz mit zusammengepressten Lippen und finster zusammengezogenen Brauen begrüsst? Soll die Sozialdemokratin Elisabeth Baume-Schneider die rechtsgerichtete Georgia Meloni aus Italien mit hasserfüllten Blicken und verächtlich verzogenem Mund empfangen?

Was sich Alain Berset als Repräsentant eines neutralen Staates bei seinem Orbán-Empfang leistete, war charakterlich keine Meisterleistung. Und politisch eine Dummheit. Der Bundesrat möchte ja eine institutionelle Einigung mit der EU erreichen – und Ungarn übernimmt 2024 die EU-Ratspräsidentschaft. Jedenfalls bleibt der scheidende Alain Berset ein Politiker, den man gar nicht hoch genug überschätzen kann.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ VOM 29. NOVEMBER

Wer prügelt, kann bleiben: das nächste Kapitel der absurden Schweizer Ausländerpolitik

Aufgrund des Asyl-Chaos kommen jedes Jahr Tausende kaum integrierbare Ausländer in die Schweiz. Mehrheitlich aus islamischen Ländern. Kriminelle Ausländer werden nicht ausgeschafft – obwohl die Schweizer Bevölkerung es so will. Nun wird Nicht-Integration noch belohnt: mit Anspruch auf Aufenthalt in der Schweiz.

Der Bundesrat hat entschieden: «Die ausländerrechtliche Situation von Opfern häuslicher Gewalt soll verbessert werden.»

Indirekt gibt damit auch der Bundesrat zu: Häusliche Gewalt in der Schweiz hat überdurchschnittlich oft einen Migrationshintergrund.

Was soll sich genau ändern? «Bei Auflösung der familiären Gemeinschaft sollen neu Familienangehörige von Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B), einer Kurzaufenthaltsbewilligung (Ausweis L) sowie von vorläufig Aufgenommenen (Ausweis F) Anspruch auf eine Aufenthaltsregelung haben, wenn sie Opfer häuslicher Gewalt geworden sind.»

Berner Beamtendeutsch

– Unter «familiäre Gemeinschaft» fällt praktisch jede Lebensform: Ehepartner, eingetragene homosexuelle Partnerschaft, Konkubinat (nicht verheiratete Paare).

– Unter «Auflösung der familiären Gemeinschaft» könnte der naive Leser verstehen, dass ausländische Gewalttäter in ihr Heimatland ausgeschafft werden und damit die familiäre Gemeinschaft «aufgelöst» wird. So ist es nicht. Grundsätzlich ist damit nur eine Trennung gemeint. Der ausländische Täter muss deswegen die Schweiz nicht zwingend verlassen. Wenn der Täter bisher für den Familienunterhalt aufgekommen ist, ist klar, was auf den Schweizer Steuer-

zahler zukommt: Am Ende muss er für den Unterhalt aufkommen.

Wer profitiert von dieser Änderung?

– Personen mit Ausweis F, sogenannte «vorläufig Aufgenommene». Im Klartext sind damit Asylmigranten mit negativem Asylentscheid gemeint, die aus irgendwelchen Gründen nicht in ihr Heimatland zurückgeschafft werden können. Damit wird die Schweiz noch attraktiver für Asylmigranten aus der ganzen Welt, die sich nicht integrieren wollen oder können.

– Personen mit Ausweis B: Also Personen aus der EU, die in der Schweiz leben. Es ist offenbar nicht einmal EU-Bürgern zuzumuten, dass sie wieder nach Deutschland, Frankreich

oder in einen anderen EU-Mitgliedstaat zurückmüssen. Der Schweizer Versorgungsstaat übernimmt.

– Schliesslich bekommen sogar Leute mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung L Rechtsanspruch, weiter in der Schweiz bleiben zu können. Absurder geht es nicht.

Nicht-Integration wird belohnt

Gleichzeitig soll der Begriff «häusliche Gewalt» ausgedehnt werden. Auf Beamtendeutsch heisst das: «Zudem soll die Aufzählung der möglichen Hinweise auf häusliche Gewalt ergänzt und auf Gesetzesstufe gehoben werden.» Man schafft also zusätzliche Gründe, damit Nicht-Integration am Ende mit einem Rechtsanspruch auf Aufenthalt belohnt wird. Wer prügelt, kann bleiben – und bekommt noch Unterstützung durch den Schweizer Sozialstaat. Die Absurdität der Schweizer Ausländerpolitik kennt buchstäblich keine Grenzen.

BILDUNGSPOLITIK

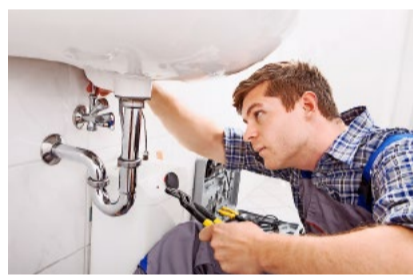
Die Überproduktion der falschen «Eliten»

Der Siegeszug der Künstlichen Intelligenz (KI) verwandelt die Bildungslandschaft grundlegend. Die Berufslehre und die MINT-Fächer gewinnen an Attraktivität, während die Geisteswissenschaften verlieren. Die Bürgerlichen müssen diesen Wandel gestalten und die Radikalisierung der Geisteswissenschaften stoppen.

DR. Kürzlich war im Nebelspalter zu lesen, dass Handwerksbetriebe Mühe haben, Lehrlinge zu finden. Lehrmeister werden nicht mehr in die Schulen eingeladen, um ihren Beruf vorzustellen und die meisten Eltern hätten «Höhers» für ihre Zöglinge vorgesehen. Dies ist nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht unerfreulich. KMU und die Berufslehre bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Es ist auch aus Sicht der Eltern und ihrer Kinder eine unvernünftige Entscheidung.

Automatisierung

Wir sind gerade in einer neuen Welle der Automatisierung. Anders als frühere Wellen wird diese Welle aber vor allem Büro-Jobs betreffen. Die Verbreitung von Künstlicher Intelligenz macht viele Arbeiten überflüssig, die bisher von Sachbearbeitern, Journalisten, ja sogar Computer-Programmierern erledigt wurden. Noch sind die Folgen nicht absehbar, aber eines ist klar: Alte Berufsfelder werden verschwinden und, so ist jedenfalls zu hoffen, neue dazu-



Handwerkliche Berufe sind immer mehr gefragt. Bild: Adobe Stock

kommen. Der Bedarf nach klassischer Büro-Arbeit und einfacher Kopf-Arbeit wird schwinden. Sieger dieses umfassenden Wandels sind die Handarbeiter, die nicht leicht durch Algorithmen ersetzt werden können. Überspitzt gesagt: Wer in die Zukunft seiner Kinder investieren möchte, lässt sie zum Sanitär oder Elektriker ausbilden.

Auch die Unis müssen sich wandeln

Angesichts des Fortschritts der KI sieht das Studium schon heute deutlich anders aus als noch vor zehn oder auch fünf Jahren. Die veränderte Job-Nach-

frage verstärkt die Tendenz hin zu MINT-Fächern. Diese Fachbereiche sind in den letzten Jahren massiv gewachsen. Verlierer der Entwicklung sind die Geisteswissenschaften. Hier sind die Studentenzahlen in den letzten Jahren massiv eingebrochen. Die Studienanfänger haben verstanden, dass die meisten Unternehmer in Zukunft nicht mehr auf die Dienstleistungen von teuren Französisch-Übersetzern zählen werden, sondern dass die Qualität von KI-Übersetzungssoftware für ihre Ansprüche vollständig genügt. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Einschreibungen bei Sprachfächern wie Romanistik und Germanistik besonders dramatisch eingebrochen sind.

Überproduktion von vermeintlichen «Eliten»

Neben der Entwicklung von KI macht den Geisteswissenschaften die zunehmende Ideologisierung zu schaffen. Wie die Medien-Enthüllungen über die Universität Bern und die Universität Basel gezeigt haben, betreiben viele Fachbe-

reiche je länger, desto mehr nicht mehr Wissenschaft, sondern primär Linksaktivismus. Wenn die Zahl der Studenten in den Geisteswissenschaften weiter abnimmt, wird sich diese Radikalisierung noch verschärfen, weil sich nur noch die Hartgesottene für ein brotloses, ideologisches Studium entscheiden werden.

Die Bürgerlichen sind gefragt

Diese Entwicklung ist nicht harmlos. Da die Wirtschaft kaum Bedarf nach diesen Leuten hat, werden sie nur in der Verwaltung ein Auskommen finden. Die zunehmende Ideologisierung der Verwaltung wird sich also fortsetzen.

Die Bürgerlichen sollten dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Sie sollten jetzt den Hebel ansetzen, um die Berufsbildung zu fördern und die Unis den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Insbesondere die Geisteswissenschaften gilt es zu entideologisieren.

Dazu müssen die Bürgerlichen aber bereit sein, vermehrt Einfluss auf die Bildungspolitik zu nehmen und die politischen Kontrollorgane zu nutzen. Bislang ist das leider zu wenig der Fall.

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Brennpunkt Nahrung – Brennpunkt Volkswirtschaft

Die Planung der Agrarpolitik ist unrealistisch. Trotz Masseneinwanderung und Verlust von Kulturland soll der Selbstversorgungsgrad erhalten werden.



Hans Bieri
Geschäftsführer
Schweizerische Vereinigung
Industrie und
Landwirtschaft (SVIL)
Zürich

Im erläuternden Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Agrarpolitik 2026–2029 steht: «Die Schweizer Landwirtschaft soll bis 2050 mindestens 50 Prozent zum Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung beitragen und gleichzeitig ihre Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent reduzieren. Der Treibhausgas-Fussabdruck der Ernährung pro Kopf soll in dieser Zeit gegenüber 2020 um mindestens zwei Drittel reduziert werden...»

Dabei hat in den letzten zehn Jahren die Bevölkerung wieder um eine Million zugenommen. Und da will man in 30 Jahren trotz weiterer Zunahme der Bevölkerung um weitere Millionen

und einer weiteren darauffolgenden Abnahme des Landwirtschaftslandes immer noch den – bereits heute schon strapazierten – Selbstversorgungsgrad von 50 Prozent erreichen. Wie soll das gehen?

Kulturland nimmt ab

Weiter steht im Bericht: «Da bei den neuen Massnahmen die Ausgestaltung noch offen und zum Teil von politischen Entscheiden abhängig ist, ist eine fundierte Quantifizierung der Kosten und des Nutzens des gesamten Massnahmensets auf Stufe Bund, Kantone und Branche zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.»

Ja tatsächlich, es ist aber nicht nur im jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, es ist nach jedem weiteren Jahr noch weniger möglich. Der Verbrauch an Kulturland ist eine direkte und unumkehrbare Folge der Bevölkerungszahl. Als wir auch im Vorfeld der Masseneinwanderungsinitiative auf diese Tatsache hingewiesen haben, hatte die Vereinigung

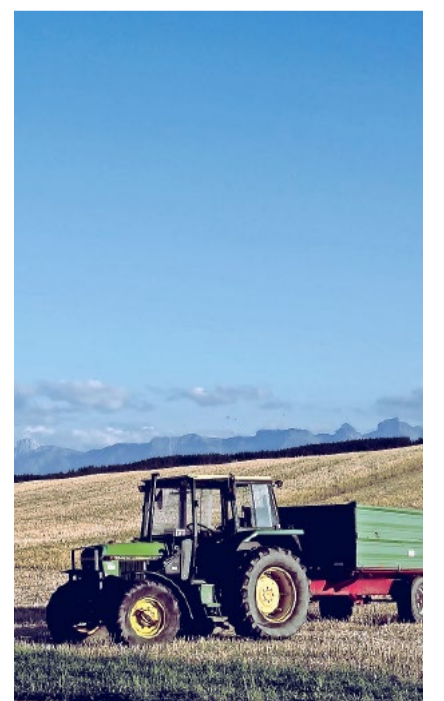
für Landesplanung (heute Espacesuisse) in der NZZ behauptet, unsere Prognose sei «hanebüchen».

Und nun soll der unlösbare Konflikt mittels Durchregulierung von der Bodennutzung bis zu dem, was die Menschen noch essen dürfen, geregelt werden. Merkt man denn nicht, worauf das hinausläuft?

Einwanderung als Teufelskreis

Es gibt namhafte Kräfte in der EU, welche ein wirtschaftliches Interesse an grenzenloser Einwanderung haben und der Bevölkerung auch in der Schweiz vorrechnen, dass dies zum wirtschaftlichen Wachstum beitrage, wofür die Ansässigen noch dankbar sein müssten. In Wirklichkeit wird ein Teufelskreis geschürt. Dieser benutzt die Einwanderung, um eine Verschleisswirtschaft und eine Konfliktregulierungswirtschaft aufzubauen, die durch Staatsverschuldung und Wohlstandsverlust der Ansässigen gezwungenermassen finanziert werden muss. Das führt dazu,

dass nicht nur die Ernährung, sondern die Existenz der Volkswirtschaft gefährdet ist.



Landschaft beim Gurten im Kanton Bern. Bild: Ingrid Flückiger (Flickr.com)

AUS DEM KANTONS RAT

SVP-Vorstösse: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück

Die Kantonsratssitzung vom 27. November 2023 lieferte viel Diskussionsstoff. SVP-Vorstösse zu Kultur, KESB und zum Asylwesen wurden leider abgelehnt. Dafür fand ein GLP-Vorstoss, der den Unternutzungsabzug abschaffen möchte, eine Mehrheit. Vom L in GLP ist je länger, desto weniger übrig.



Romaine Roggenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Für das erste Traktandum, die Jahresberichte und den Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern, war der Rat praktisch vollzählig. Das sehr persönliche Thema schien zu bewegen – vermutlich auch deshalb, weil die Kirchen in jüngster Vergangenheit durch einige Turbulenzen gingen. Trotzdem wurde das Geschäft anstandslos zur Kenntnis genommen. Das nächste Geschäft löste einen Massenexodus aus dem Ratsaal aus. Es ging um den Geschäftsbericht der BVS, die die Geschäftstätigkeit der Vorsorgeeinrichtungen und der Stiftungen kontrolliert.

Ein Thema, das uns alle persönlich betrifft, dessen Wichtigkeit aber nicht beim Rat angekommen zu sein schien. So kam denn auch das einzige kritische Votum von der SVP. Erstaunlich war dann die Reaktion der Justizdirektorin Jacqueline Fehr, die kleinlaut eingestehen musste: «Ich bin mit allem einverstanden, was Frau Roggenmoser gesagt hat.»

Mehr Vielfalt dank Kulturgutscheinen

Weniger flauschig ging es beim Vorstoss von Paul von Euw zu und her: Sein Postulat forderte kurzerhand, dass man Kulturgutscheine verteilen soll, statt vor

allem grosse Institutionen, wie das Opernhaus, mit Millionen einzudecken. So könne das Kulturangebot vielfältiger gestaltet werden und man subventioniere nicht nur die Kulturbedürfnisse von ein paar wenigen. Zur Erinnerung: Jeder Besucher des Opernhauses wird mit ca. 500 Franken Steuergeldern bzw. Lotteriefondsgeldern subventioniert. Mit 500 Stutz pro Gast könnte noch manche Laienbühne oder mancher Dorfverein einen kulturellen Anlass organisieren. Selbstverständlich hatte weder die Linke noch die FDP, die sich kulturaffin gibt, Freude am SVP-Vorstoss.

Engagierte Familienmitglieder werden bestraft

Ein Trauerspiel erster Güte spielte sich beim Vorstoss von SVP-Kantonsrat René Isler ab. Er forderte, dass künftig Eltern oder Angehörige, die Familienmitglieder als Beistand betreuen und somit staatliche Aufgaben quasi gratis übernehmen, nicht auch noch dafür zahlen müssen, dass sie von der KESB kontrolliert werden. So mies kann keine Geschichte sein. Seit der Einführung der KESB geschieht aber genau das.

Grotesk war hier aber vor allem, dass die sich sonst so sozial gebende SP, aber auch alle anderen Parteien ausser der FDP und der Mitte, nicht bereit waren, diesem Missstand ein Ende zu setzen. Tragisch war, dass bei der Abstimmung eine Pattsituation resultierte, die die linke Ratspräsidentin zuungunsten der Motionäre entschied. Ein FDP-Mitglied hatte die Abstimmung «versäumt». Noch skandalöser war das Verhalten der Medien, die am nächsten Tag das Thema

totschwiegen, weil es nicht ins Narrativ der fürsorglichen Linken passt.

Kontrollschildversteigerung und Asylwesen sorgen für Diskussionen

Lebhaft wurde die Debatte dann, als es um den Ertrag aus Kontrollschildversteigerungen ging. Die Motionäre um SVP-Kantonsrat Karl Heinz Meyer waren der Meinung, dass diese Erträge in den Topf des Strassenfonds fliessen müssen. Dieser wird ja leider neuerdings geplündert, weil der Kanton nun auch den Gemeinden Gelder per Giesskanne ausrichten muss. Diesmal waren alle Bürgerlichen auf ihren Plätzen, sodass die Motion mit 87 zu 86 Stimmen überwiesen wurde und der Regierungsrat nun eine Vorlage ausarbeiten muss.

Hohe Wellen gab es auch bei der Motion von SVP-Kantonsrat Patrick Walder, die verlangte, dass sich Asylsuchende am Gemeinwohl beteiligen müssen – als mögliche Variante z.B. mit unentgeltlicher Arbeit. Schnappatmung auf linker Seite war das Resultat, denn man sah schon Zustände wie bei den Verdingkindern auf die armen Asylsuchenden zukommen. Von Bührlé über Irma Frei wurde alles zitiert. Es fehlten nur noch Alfred Escher und die Mohrenköpfe. Natürlich fand die Idee, dass Asylsuchende auch mal einen Besen in die Hand nehmen könnten als Gegenleistung für «Speis und Trank, für Obdach und Beleuchtung», keine Mehrheit.

Ein weiteres Mal: GLP ohne L

Erwähnenswert ist noch ein weiterer linker Angriff auf das Eigentum, nämlich die Abschaffung des Unternutzungsabzugs infolge nicht genutzten Wohnraums. Die vordergründig liberale GLP findet, dass eigentlich auf nicht genutzten Wohnraum eher eine zusätzliche Steuer erhoben werden sollte. Familienfreundlich sei es auch – man könne ja dann ukrainische Familien einquartieren.

Leider fand dieses Anliegen die nötige Mehrheit, damit es in den Kommissionen beraten werden muss. Hier hat sich wieder einmal klar gezeigt, was vom L in GLP zu halten ist.



Das Opernhaus in Zürich: Imposant, aber auch sehr teuer.

Bild: Wikipedia

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Wir werden an der Nase herumgeführt

Die SVP ist weiterhin die mit Abstand stärkste Partei (27,93%) der Schweiz. Die SVP hat mit 2,34 Stimmenprozenten am meisten zugelegt und das drittbeste Resultat ihrer Geschichte erzielt. Mit 18,27% Wähleranteil und einem Wählerzuwachs von nur 1,34% hat die SP das zweitschlechteste Resultat ihrer Geschichte erzielt. Der Auftrag an die Regierungen in unserem Land sollte eigentlich klar sein.

Auch im Kanton Zürich konnten wir leicht zulegen (0,7%) und sind weiterhin unangefochten die stärkste Partei (27,4%) im Kanton. Es ist die Belohnung dafür, dass wir konstant den Finger auf die drängendsten Probleme legen. Die Schweizerinnen und Schweizer sind nicht mehr bereit, das Asylchaos und das ungebremste Bevölkerungswachstum mitzutragen. Niemand will eine 10-Millionen-Schweiz. Ein Grossteil der Schweizer sind zudem gegen einen EU-Beitritt oder EU-Unterwerfungsvertrag mittels Rahmenabkommen.

Unsere Regierungen scheinen jedoch die Sprache des Volkes nicht mehr zu verstehen. Zwei Wochen nach dem Wahlsonntag präsentiert die Zürcher Regierung die neuen Rahmenverträge im Asylbereich. Anstatt abgelehnte und

kriminelle Asylbewerber konsequent auszuschaffen, geht das Asylchaos weiter und die Kosten explodieren. Allein für die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden gibt der Kanton Zürich in den nächsten vier Jahren über 217 Millionen Schweizer Franken aus. Die Betreuung dieser Personen kostet die Steuerzahler somit 300.– Franken am Tag. Sozialkosten, Unterkunft usw. kommen noch dazu. Gleichzeitig wird in Kloten eine Asylunterkunft für 360 Personen eröffnet, ohne die Bevölkerung zu informieren. Wer denkt, dies ist die Spitze des Eisbergs, liegt falsch. Anstatt dass die Justiz- und Asylministerin Elisabeth Baume-Schneider unsere Asylgesetze konsequent vollzieht, lässt sie sich in der Sonntagspresse wie folgt zitieren: «Ich habe keine Angst vor einer 12-Millionen-Schweiz.»

Ebenfalls just nach dem Wahlsonntag kündigt der Bundesrat Neuverhandlungen mit der EU an. Er verabschiedet ein Verhandlungsmandat, ohne vorab die eigenen Positionen zu bestimmen. Es wäre jedoch die Verantwortung des Bundesrats, vehement für die Interessen der Schweiz einzustehen. Insbesondere unsere Unabhängigkeit

und die direkte Demokratie sind nicht verhandelbar.

Seit der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative werden wir Wähler an der Nase herumgeführt. Es bleibt die wichtige Aufgabe der SVP, permanent Gegensteuer zu geben, die Missstände schonungslos aufzudecken und unseren Regierungen Lösungen aufzuzeigen. Das braucht Hartnäckigkeit, Willen und Durchhaltevermögen.

Nach den Wahlen ist bekanntlich vor den Wahlen. Deshalb ist es jetzt unsere Aufgabe, die Personen zu bestimmen, welche bei den kommenden Gemeindewahlen Sitze für die SVP erkämpfen sollen. Wir und unser Land brauchen Persönlichkeiten, welche mit beiden Beinen auf dem Boden stehen, Rückgrat haben, das Schweizer Volk vertreten und uns nicht länger an der Nase herumführen.



von
Domenik Ledergerber

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Erlös aus Versteigerungen der Kontrollschilder muss in Zukunft an den Strassenfonds fliessen



Karl Heinz Meyer
Kantonsrat SVP
Neerach

Am Montag wurde im Kantonsrat über die Motion von SVP, FDP und Mitte über die Verwendung des Erlöses aus der Versteigerung von Kontrollschildern beraten.

Der Regierungsrat hatte die Motion zur Ablehnung empfohlen. Der Sicherheitsdirektor Mario Fehr meinte, man solle dies ihm überlassen, denn er wisse am besten, wie man dies macht. Er war sich wohl zu sicher, dass das Anliegen keine Mehrheit finden würde.

Wie zu erwarten war, waren die Voten von SP, Grünen, EVP und GLP gegen unseren Vorschlag. Dies, obwohl die Finanzkontrolle des Kantons Zürich die bisherige Praxis, nach der der Erlös in den allgemeinen Haushalt fliesst, kritisiert hat. Meine Argumentation wollten die Klimallianz und der Sicherheitsdirektor nicht gelten lassen: Auch ein ersteigertes Kontrollschild muss eingelöst werden und steht daher in direktem Zusammenhang mit der Nutzung, dem Bau und dem Unter-

halt, wie es im Strassengesetz 722.1 §28 Absatz 2 steht.

Die Volkswirtschaftsdirektion konnte in einem Bericht aufzeigen, dass der Strassenfondssaldo ab 2031 negativ wird. Somit sind die rund 5 Mio. Franken pro Jahr ein willkommener Zustupf für den Strassenfonds. Den Handlungsbedarf beweist die Tatsache, dass der Regierungsrat einverstanden gewesen wäre, unser berechtigtes Anliegen als Postulat entgegenzunehmen. Wir Motionäre lehnten dies jedoch ab, da es nur zu einem Bericht in der nächsten Sitzung geführt hätte und sonst alles beim Alten geblieben wäre.

Noch an der Morgensitzung ist ein Anliegen zusammen mit FDP und Mitte gescheitert, weil ein Kantonsrat einer anderen Partei nicht am Platz war.

Unsere Motion wurde dann aber mit 87:86 Stimmen dem Regierungsrat knapp überwiesen. Dieser muss nun eine Änderung der jetzigen Praxis ausarbeiten und dem Kantonsrat zur Genehmigung vorlegen. Überraschenderweise haben sich die Gegner der Vorlage dahingehend geäussert, dass in Zukunft auch E-Autos Strassenverkehrsabgaben bezahlen sollen.

Einen entsprechenden SVP-Vorschlag haben diese vor einem Jahr noch abgelehnt.



Mit der Verlosung von gewissen Kontrollschildern lässt sich viel verdienen.

Bild: Adobe Stock

IN EIGENER SACHE

Das neue Parteiprogramm 2023 – 2027 der Zürcher SVP ist im Sekretariat in gedruckter Form eingetroffen und kann ab sofort bestellt werden.

Natürlich können Sie das aktuelle Parteiprogramm auch als PDF-Version auf der Homepage svp-zuerich.ch herunterladen.



Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Parteiprogramm der Zürcher SVP
2023 bis 2027



SVP AESCH ZH

Stamm der SVP Aesch ZH: eCarsharing, Nationalrätin und Stimmenanteil

Im November führte die SVP Aesch ZH ihren Herbst-Stamm im Restaurant Landhus durch. Traditionell werden am Stamm Dorfthemen diskutiert, ein interessantes Referat gehalten und zum Schluss kommen allgemeine Informa-

tionen des Präsidenten. Zunächst stellte Martin Hartmann seine kritischen Anfragen für die anstehende Gemeindeversammlung vor: ECarsharing ist nicht Gemeindegeldsache, die Höhe der Kosten des neuen Betreuungskonzepts

im Alter und der Abstand des kantonalen Windrad-Projekts in Aesch zum Siedlungsgebiet. Sind wir mal gespannt, wie der Gemeinderat antwortet.

Zu unser aller Freude nahm die engagierte und frisch-gewählte Nationalrätin Nina Fehr Düsel unsere Einladung an. Sie referierte lebendig und sympathisch zu ihrem Wahlkampf, ihrer bisherigen Kantonsratsarbeit und zur ersten Fraktionssitzung der SVP-Nationalräte in Bern, bei der die Bunderatswahl Thema war. Mit Aescher Äpfeln von Mörgeli Obstbau dankten wir ihr herzlich.

Die präsidentalen Informationen beinhalteten einen Rückblick auf die National- und Ständeratswahlen. Die SVP erreichte in Aesch einen Stimmenanteil von 36,5% (+1%), was im Vergleich zu national 27,9% und kantonal 27,3% überdurchschnittlich ist. Bei den Ständeratswahlen erhielt Gregor Rutz in Aesch am meisten Stimmen und war beim zweiten Wahlgang die einzige bürgerliche Kandidatur. Leider klapperte es trotz gutem Ergebnis schlussendlich nicht mit seiner Wahl.



Der Apfel fällt nicht weit vom (SVP-)Stamm: Vorstandsmitglied Martin Hartmann, die frisch-gewählte Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Diego Bonato (v.l.n.r.)

Bild: ZVG Diego Bonato, Sektionspräsident SVP Aesch

SVP ZÜRICH 9

Spaghetti-Plausch 2023 der SVP Kreispartei Zürich 9

Am Freitag, 24. November 2023, fand im Restaurant Stoller am Albisriederplatz erstmalig ein Spaghetti-Plausch der Nüüner statt. Interessante politische Gespräche, dazu ein feines Raclette, so war der November-Termin der SVP Kreispartei Zürich 9 bisher gesetzt. Als Gast war der neue SVP-Fraktionspräsident und Nationalratskandidat Tobias Weidmann eingeladen, der in seinem Kurzreferat über Fakten zur Zuwanderung und den Fachkräftemangel zu berichten wusste. In der Tat ist es nicht so, dass die heutige Migrations-

bewegung den Fachkräftemangel lindern würde, nein, ganz im Gegenteil, dieser wird durch die Zuwanderung noch zusätzlich verschärft.

Leider waren fast gleich viele Abmeldungen wie Anmeldungen zu verzeichnen, was einen Aufschluss über die Termindichte in dieser Jahreszeit ergibt. Mit den knapp 20 Mitgliedern der SVP Kreispartei Zürich 9 war aber für gute Stimmung und interessante, politische Gespräche gesorgt.

Der gemütliche Spaghetti-Plausch der SVP 9 war ein gelungener Abend

und eine willkommene Abwechslung zum traditionellen Raclette! Der Vorstand der SVP Kreispartei Zürich 9 wird sich aufs kommende Jahr überlegen, ob er dies als zusätzlichen Anlass oder Ersatz des Raclettes im Terminkalender festlegen wird. Besonderer Dank gilt dem Hauptsponsor des Anlasses, alt Kantonsrat Hans-Peter Amrein, der leider selbst nicht teilnehmen konnte.

Lorenz Habicher, Sektionspräsident SVP Zürich 9



Ein gelungener Abend mit interessanten Gesprächen. Diesmal mit Spaghetti statt Raclette.

Bild: ZVG

Sessionsapéro

Fredi Heer
Nationalrat

Roger Schmidinger
Kantonsrat

Samstag, 16. Dezember um 10.00 Uhr
im Schössli Weiningen

Aktuelle Berichte aus National- und Kantonsrat, direkt und ungefiltert.
Der Anlass ist öffentlich.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

www.svp-bezirk-dietikon.ch

POLITLUNCH

Referat von Therese Schläpfer zu den Windmonstern

Eine interessierte Gästeschar traf sich am Mittwoch, 29. November 2023, zum Politlunch im Restaurant Sonnental in Dübendorf. Therese Schläpfer referierte über das Thema «Windmonster» und führte uns mit klaren und deutlichen Worten die Vor- und Nachteile der Windenergie vor Augen. Es war wohl vorläufig ihr letzter Auftritt als

Nationalrätin. Parteisekretär Marco Calzimaglia dankte Therese sehr herzlich für ihren Einsatz für die SVP Kanton Zürich. Sie trat immer als engagierte Politikerin in Erscheinung. Von den Gästen wurde Therese mit einem sehr herzlichen Applaus verabschiedet.

Silvia Weidmann



NR Therese Schläpfer und Parteisekretär der SVP Kanton Zürich Marco Calzimaglia beim Politlunch in Dübendorf.

Bild: ZVG

MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR

Der Richtplan der Stadt Winterthur ist ideologisch motiviert

Der kommunale Richtplan der Stadt Winterthur ist überambitioniert. Die Stadt hat weder die Kapazität noch die finanziellen Mittel, alle Massnahmen gleichzeitig zu realisieren. Dazu passt die nur 60-tägige Auflagefrist des Richtplans, welche zudem terminlich parallel zum anspruchsvollen Budgetprozess gelegt worden ist.

Der Richtplan gefährdet Freiheit und Wohlstand. Er schränkt das Gewerbe ein und greift die Eigentumsfreiheit an. Viele der im Richtplan erwähnten Konzepte wie «Publikumsorientierte Erdgeschossnutzung», «Schwammstadt-Prinzip», «Stadtrandpark» und «Center Managementkonzepts» sind bürokratische Monster mit beschränktem Nutzen, aber hohen Kosten. Sie nehmen der Bevölkerung jeglichen Gestaltungsraum. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Kulturflächen am Stadtrand für

die Nahrungsmittelproduktion eingesetzt werden und nicht weiteren «Parks» weichen müssen.

Die SVP fordert, die Hauptverkehrsachsen punktuell auszubauen, um Entlastung zu schaffen und einen effizienten Verkehrsfluss zu ermöglichen. Die SVP stellt sich deshalb gegen eine ideologisch motivierte Streichung von Richtplaneinträgen wie diejenige des Heiligbergtunnels und setzt sich weiterhin für einen Anschluss des Gebiets Neuhegi ein.

Die SVP ist klar dagegen, dass die Zürcherstrasse zur Tempo-30-Zone wird. Diese Achse ist ein Hauptzubringer und muss dem Gewerbe- und Privatverkehr dienen. Der Richtplan will den Wohnungsbau fördern, was die SVP begrüsst. Warum der Wohnungsbau dann aber gleich wieder überreguliert werden soll, bleibt unbegreiflich.



Nicht immer fliesst der Winterthurer Verkehr so flüssig.

Bild: Wikipedia

SR-WAHLEN 23

Wahltreff in der Krone Unterstrass

Am 19. November trafen sich die Mitglieder der SVP Kanton Zürich zum Wahltreff in der Krone Unterstrass. Die gute Stimmung wurde leider von der Wahlniederlage von Gregor Rutz getrübt, die sich bereits in den ersten Hochrechnungen abzeichnete. Mit Gregor Rutz stand ein erfahrener, volksnaher Kandidat zur Verfügung, der die Interessen des Kantons Zürich in Bern kompetent vertreten hätte. Gregor Rutz und Parteipräsident Domenik Ledergerber bedankten sich zuerst einmal bei allen

Mitgliedern für einen sehr engagierten Wahlkampf und dann wagten dann eine erste Analyse des Resultats.

Der Grund für die Niederlage liegt in der mangelnden Geschlossenheit des bürgerlichen Lagers, aber auch in der schlechten Wahlbeteiligung in den Landgemeinden. Wollen die bürgerlich-liberalen Kreise, die Landwirtschaft und das Gewerbe wieder besser in Bern vertreten sein, müssen diese Punkte umgehend an die Hand genommen werden.



Der Präsident der SVP Kanton Zürich und NR Gregor Rutz bedankten sich bei den Anwesenden für ihren grossen Einsatz.

Bild: ZVG

BILDUNGSPOLITIK

Vernehmlassung zur Änderung des Bildungsgesetzes

Die Wartezeiten für Stipendien sind immer noch zu lang und die Bürokratie zu gross. Deshalb war eine Teilrevision nötig. Die SVP möchte, dass bei der Stipendienvergabe in Zukunft vermehrt auf die Wirtschaftlichkeit von Studiengängen geachtet wird und keine ewigen Studenten alimentiert werden.



Rochus Burtscher
Kantonsrat SVP
Dietikon

Die SVP des Kantons Zürich wird jeweils zu Vernehmlassungen von Gesetzen und deren Ausführungsbestimmungen eingeladen, um dazu politisch Stellung zu nehmen. Dies ist eine wichtige Gelegenheit, um auf den Gesetzgebungsprozess Einfluss zu nehmen.

Stipendienreform mit Schwächen

In diesem Fall geht es darum, dass die Stipendienreform zwar erfolgreich eingeführt und die Ziele grösstenteils erreicht wurden. Jedoch haben sich auf dem Weg Mängel herausgestellt. Einer der grossen Mängel ist das komplizierte und langwierige administrative Verfahren, um zu prüfen, ob jemand berechtigt ist, Stipendien zu beziehen. Aufgrund dessen müssen die Geschädigten lange warten, bis sie einen Entscheid erhalten, ob er positiv oder negativ ist. Aber diese Personen haben Anrecht, zeitnah einen Entscheid zu erhalten.

Zu lange Antwortzeiten und komplizierte Prozesse

Diese lange Dauer, bis ein Entscheid steht, führte zu berechtigten parlamentarischen Interventionen aus dem Kantonsrat mittels zweier Motionen. Diese Motionen wurden mit einer Mehrheit der Kantonsratsmitglieder überwiesen und die Geschäftsleitung hat es dann der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) zugeteilt. Diese Motionen wurden in der Kommission ausführlich besprochen.

Die Meinungen waren unterschiedlich. So wurde auch festgehalten, dass die Bildungsdirektion bereits mehr Leute befristet angestellt habe, um die

Bugwelle der Stipendiengesuche abzubauen. Einige wollten dann zuwarten, bis sich das eingespielt habe. Jedoch wurde schnell klar, dass einfach mehr Leute nicht die Lösung sind. Aus diesem Grund wurde die Bildungsdirektion beauftragt, eine Gesetzesänderung auszuarbeiten. Dies, um die Wartezeiten zu verkürzen und die administrativen Verfahren zu vereinfachen.

Wirtschaftlichkeit des Studiums soll über Stipendienvergabe mitentscheiden

Hierzu muss das Gesetz in einigen Artikeln entsprechend so angepasst werden, dass es auch umsetzbar ist. Das hatte zur Folge, dass eine Teilrevision des Bildungsgesetzes nötig wurde und dies auch mit einem Regierungsratsbeschluss in die Wege geleitet wurde. Nun steht der Vorschlag und mittels Vernehmlassung soll die Meinung der Stakeholder wie der SVP des Kantons Zürich abgeholt werden.

Die SVP hat Stellung genommen. Mit den meisten Artikeln ist die SVP einverstanden. Der Studienfortschritt und die Wirtschaftlichkeit des Studiums sollen nach Ansicht der SVP zukünftig

Kriterien für die Stipendienvergaben sein. Beiträge für Studiengänge, in der die Mehrheit der Abgänger in staatlichen oder staatsnahen Betrieben tätig sind oder in denen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, sollen ausschliesslich als Darlehen ausbezahlt werden.

Keine ewigen Studenten

Uns ist wichtig, dass es keine ewigen Studenten geben soll. Darum gibt es Artikel im angepassten Bildungsgesetz, die gemäss SVP gestrichen werden sollen und wo die alte Regelung weiterhin gilt. So möchten wir, dass Stipendien weiterhin primär bis und mit 25 Jahren ausbezahlt werden. Es soll aber die Möglichkeit bestehen, wegen guter Gründe wie Militärdienst, Krankheit oder Mutterschaft bis zum vollendeten 28. Altersjahr Stipendien zu beziehen. Anschliessend sollen nur noch rückzahlbare Darlehen, die richtigerweise nicht verzinst werden müssen, vergeben werden.

Dieser bislang bestehende Ansatz soll beibehalten werden. Diese Vernehmlassung mit diesen Inhalten wurde nun der Bildungsdirektion zugewiesen. Wir sind auf die Antwort gespannt.



Ein Stipendium kann den Weg in eine erfolgreiche berufliche Zukunft ebnen.

Bild: Wikipedia

WAHL IN DEN NATIONALRAT

Verabschiedung im Kantonsrat

Fraktionspräsident Martin Hübscher (SVP), Kantonsrätin Nina Fehr Düsel (SVP) und Kantonsrat Erich Vontobel (EDU) wurden am 22. Oktober 2023 erfolgreich in den Nationalrat gewählt.

An ihrer letzten Sitzung in der SVP/EDU-Fraktion des Kantonsrates wurden die drei frisch-gewählten Nationalräte feierlich verabschiedet. Der neue Fraktionspräsident, Kantonsrat Tobias Weidmann, bedankte sich bei den Abtretenden für die geleistete Arbeit im Kantonsrat.

Nina Fehr Düsel hat während acht Jahren im Zürcher Kantonsrat gedient. Sie war Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur, redigierte die kantonsrätlichen Geschäfte in der Redaktionskommission und war zuletzt in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit, in welcher sie auch ihr Fachwissen als Juristin einbringen konnte.

Während über zehn Jahren war Erich Vontobel Mitglied des Zürcher Kantonsrates. Als EDU-Mitglied war er Teil der SVP/EDU-Fraktion.

Martin Hübscher hat während gut acht Jahren im Zürcher Kantonsrat mitgewirkt, davon die letzten fünf Jahre als Fraktionspräsident. Bevor er das Präsidium übernahm, war er Mitglied in der Kommission für Planung und Bau. Martin Hübscher hat die Fraktion mit viel Herzblut und grossem Einsatz geführt. Er verfügte über ein grosses Wissen in allen laufenden Geschäften und konnte die Fraktion jederzeit in allen Belangen unterstützen. Auch Regierungsrat Ernst Stocker betonte in seiner Laudatio die professionelle Führung

der Fraktion durch Martin Hübscher und die kompetente Bearbeitung der Ratsgeschäfte. Der menschliche Umgang mit den Fraktionsmitgliedern war beispiellos. So wurde denn Hübscher von der Fraktion mit einem langanhaltenden stehenden Applaus verabschiedet.

Allen drei abtretenden Ratsmitgliedern sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt für ihren Einsatz im Kantonsrat für den Kanton Zürich.

Marlies Pfister,
Fraktionssekretärin



V.l.n.r.: Fraktionspräsident Martin Hübscher, Nina Fehr Düsel und Erich Vontobel (EDU) wurden an der letzten Ratssitzung im November verabschiedet. Ihr Weg führt nun nach Bern.

Bild: ZVG

BÜHRLE-SAMMLUNG

Privateigentum abschaffen?



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

In den Tamedia-Blättern stellen die gepriesenen Historiker Jakob Tanner und Jacques Picard als ehemalige Mitglieder der «Bergier-Kommission» folgende Forderung in den Raum: «Die Bührle-Sammlung sollte dem Kunsthause geschenkt werden.»

Und wie begründen die staatlichen Geschichtsforscher ihre forschende Zutmutung an die Eigentümerin der Bührle-Sammlung – die Bührle-Stiftung – diese Beschlagnahme? Ausgerechnet sie schwadronieren von einer «für den Kunsthandel zentralen Rechtssicherheit», um gleichzeitig die Eigentümer enteignen zu wollen. Eine solche Auffassung von Rechtssicherheit kann wirklich nur – wie man längst weiss – ein marxistischer Historiker wie Jakob Tanner haben. Für ihn gibt es keine verfassungsmässige Eigentumsgarantie. Noch immer gilt hierzulande in der Rechtsprechung der Grundsatz, dass einem Beschuldigten die Schuld nachgewiesen werden muss. Dies gilt auch für Emil G. Bührle und seine Rechtsnachfolger. Ein abenteuerliches Spintisieren von angeblichen Geschichtswissenschaftlern über Bührles Waffenproduktion zu-

gunsten der Achsenmächte genügt nicht.

Das Gezerre um die Sammlung Bührle zeigt: Wer eine private Bildersammlung dem Staat als Depositum ausliefert – und sei sie noch so rechtmässig und wundervoll – wird am Ende keinen Dank, sondern nur Verunglimpfung ernten. Und am Schluss darf der Leihgeber noch die Enteignung gewärtigen.

Alles weit entfernt von Recht und Gesetz. Zum Glück aber sind diese Marxisten keine richtigen Richter. Man fragt sich nur: Wer hat solche Leute zu Professoren und in eine Bergier-Kommission gewählt? Und dazu exorbitante Saläre bezahlt?

Ihr selbstgerechtes, nachträgliches Urteilen steht in scharfem Gegensatz zu den Schweizer Verantwortungsträgern im Zweiten Weltkrieg, die Land und Volk vor Krieg, Hunger und Zerstörung bewahrt haben.



Die Kunstsammlung des Waffenfabrikanten Emil Bührle (1890–1956) sorgt weiterhin für Streit.

Bild: Bildarchiv der ETH-Bibliothek

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH VOM 23. NOVEMBER

SVP begrüsst steuerliche Entlastungen für Firmen

An der heutigen Pressekonferenz präsentierte Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) seine Pläne zur steuerlichen Entlastung für Firmen. Die SVP begrüsst, dass Ernst Stocker Vorschläge zur steuerlichen Standortverbesserung unterbreitet. Kritisch sieht die SVP die geplante Erhöhung der Dividendenbesteuerung. Inhabergeführte KMU werden dadurch benachteiligt, was die SVP nicht unterstützen kann.

Die Finanzdirektion des Kantons Zürich unter Leitung von SVP-Regierungsrat Ernst Stocker hat heute ihre Pläne bekannt gegeben, wie Firmen steuerlich zu entlasten sind. Die SVP begrüsst dies sehr.

Nötige Steuerentlastung für Arbeitgeber im Kanton Zürich

Mit der Senkung des Gewinnsteuersatzes von 7 auf 6 Prozent macht der Kanton Zürich einen wichtigen Schritt, welcher den schlechten Steuerstandort Zürich verbessern wird. Diese Vorlage garantiert, insbesondere die KMU, welche das Rückgrat unserer Wirtschaft sind und Arbeitsplätze schaffen, zu entlasten. Aktuell hat der Wirtschaftskanton Zürich wegen der Anpassung an die STAF (Steuerreform und AHV-Finanzierung) von allen Kantonen die höchste Steuerbelastung für Unternehmen in der ganzen Schweiz – eine untragbare Situation, die nun behoben werden soll.

Mehreinnahmen dank Steuersenkungen

Wie die Vergangenheit zeigt, führten Steuersenkungen immer zu Mehreinnahmen. Dies beweist, dass die Steuer-

politik sehr wohl wichtig für die Standortattraktivität wie auch für das Wirtschaftswachstum ist. Auch führt eine tiefe Steuerbelastung von KMU zu zusätzlichen Investitionen und Arbeitsplätzen.

Die inhabergeführten KMU nicht bestrafen

Kritisch sieht die SVP die Erhöhung der Teilbesteuerung von Dividenden von 50 auf 60 Prozent. Eine Initiative der lin-

«Wie die Vergangenheit zeigt, führten Steuersenkungen immer zu Mehreinnahmen.»

ken Alternativen Liste, die eine Erhöhung auf 70 Prozent forderte, wurde erst letztes Jahr abgelehnt. Eine Erhöhung der Dividendenbesteuerung würde KMU schlechter stellen. Inhaber mit über 10 % der Aktien würden vor einer nennenswerten Steuererhöhung betroffen, die in der Regel nur kleinere Unternehmungen betrifft. Diesen Teil des Steuerpaketes wird die SVP kritisch in den Kommissionen begleiten

Die SVP wünscht Ihnen einen schönen Advent!

Fadegrad



von
Samuel Balsiger

Eine Vergewaltigung ist keine Aufregung wert?

«Die SVP betreibt den rassistischsten Wahlkampf aller Zeiten», zeigte sich Operation Libero im Einklang mit den Kartellmedien empört. Und die sogenannte Eidgenössische Kommission gegen Rassismus tobte: «Die SVP-Kampagne ist rassistisch, hetzerisch und schürt bewusst negative Emotionen!» Warum verloren die linken Gutmenschen während der vergangenen Wahlen derart die akademischen Nerven? Die SVP griff lediglich reale Fälle von Migrantengewalt in ihrer Social-Media-Kampagne auf. Dabei wurden als solche kennzeichnete Zitate von Zeitungs- oder Polizeimeldungen wiedergegeben.

Ein solches Zeitungszitat lautete zum Beispiel: «Schreckliche Tat in Zürich (ZH): Eine Frau war zu Fuss unterwegs. Beim Reitweg griff ein Mann die Frau unvermittelt an und misshandelte sie sexuell. Die Frau wurde bei der Tat erheblich verletzt und musste ins Spital gebracht werden. Die Spurensicherung führte die Ermittler zu einem 26-jährigen Tunesier.» Dazu veröffentlichte die SVP ein Symbolbild, welches den Schmerz des Opfers zeigte. Wie kann die Spiegelung der Realität «rassistisch» und «hetzerisch» sein? Im Mittelalter köpfte man die Überbringer von schlechten Nachrichten kurzerhand. In ähnlicher Manier sind heute die linken Gutmenschen unterwegs. Warum regen sich diese nicht darüber auf, dass eine unschuldige Frau von einem mutmasslichen Asylanten auf brutale Weise vergewaltigt wurde? Dies ist doch der Skandal – und nicht, dass die SVP sich gegen das Asylchaos wehrt.

Zudem müssten sich doch die unzähligen feministischen Journalisten über die brutale Vergewaltigung die Finger wund schreiben. Im Gegensatz zum Generischen Maskulinum sind importierte Vergewaltiger tatsächlich eine Gefahr für Frauen. Und an die Adresse der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus: Hoffentlich ruft eine solche Tat «negative Emotionen» hervor. Ausländer sind in der Schweiz in einem verträglichen Ausmass seit Jahrzehnten herzlich willkommen. Doch Vergewaltiger und andere kriminelle Ausländer müssen endlich konsequent ausgeschafft werden.

Auch müssen wir die masslose Zuwanderung endlich stoppen. Diese bringt einen Rattenschwanz an Problemen: importierte Gewalt, steigende Mieten, explodierende Krankenkassenprämien oder Infrastrukturen kurz vor dem Kollaps. Wer die Nachhaltigkeitsinitiative noch nicht unterschrieben hat, kann dies hier machen: www.nachhaltigkeitsinitiative.ch

Züri Fäscht scheitert an Linksgrün

Aufgrund von purem Egoismus und Eigeninteresse hat die linksgrüne Mehrheit im Stadtrat zuerst die Flugshow und das Feuerwerk gestrichen. Die zahlreichen Auflagen und Verbote lassen den Organisatoren nur eine Option: den Abbruch des Züri Fäschts.



Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Der Stadtrat ist erneut über das Ziel hinausgeschossen und unterbindet das schönste Fest der Schweiz mit absurden Auflagen. Dies, nachdem bereits das Feuerwerk und die Flugshow gestrichen wurden. Im Gemeinderat sind zudem einige Parlamentarische Initiativen hängig, die von der linksgrünen Mehrheit eingereicht wurden, um eine Weiterführung des Züri Fäschts zu verhindern.

Organisatoren haben genug

Auch sind weitere behördliche Auflagen eingegangen, sodass sich die Organisatoren entschieden haben, den Betel hinzuwerfen, da die gesetzlichen Vorschriften zu Abfall und Recycling immer strenger werden und die Akzeptanz der linksgrünen Regierung für das grösste Volksfest der Schweiz sinkt. Die linksgrüne Regierung hat es geschafft, dass auch die Flugshow und das Feuerwerk wegen der strengeren Vorschriften nicht mehr durchgeführt werden können.

Ein verständlicher Schritt

Dies ist ein konsequenter Schritt der Organisation, der eigentlich schon früher hätte erwartet werden können. Die immer komplexeren Anforderungen an die Nutzer des öffentlichen Raums, welche massive Mehrkosten verursachen, werden als Gründe angegeben. Die Organisatoren sind deshalb zum Schluss gekommen, dass die technischen und betrieblichen sowie finanziellen Grenzen des Möglichen überschritten wurden.

Intolerante Stadt, tolerantes Land

Mittlerweile stellen die Auflagen eine erhebliche Herausforderung dar. Die heutige Gesellschaft ist von egoistischen Gruppen geprägt. Niemand mehr schaut auf den anderen. Trotz unserer Begeis-

terung für die Offenheit gegenüber anderen Kulturen ist das Leben auf dem Land noch wesentlich pragmatischer und toleranter als in der urbanen Umgebung.

Die Kombination aus globalisiertem Kapitalismus und einer regierenden linksgrünen Verschönerungsregierung ist schlecht. Langsam wird alles niedergemacht

Bevölkerungswachstum mitverantwortlich

Das Züri Fäscht ist seit den frühen Neunzigerjahren ein fester Bestandteil der Stadt. Es war von Anfang an ein Höhepunkt, auf den man sich immer gefreut hat und der in dieser Form vielen von uns Freude bereitet hat. Leider ist es für immer gestorben. Dies ist auch auf das zunehmende Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Der Anlass wird deswegen immer grösser, enger, lauter

und dreckiger. Die Grösse des Raumes ist konstant, doch die Anzahl der Menschen nimmt stetig zu. Die Zahl der Neuankömmlinge in Zürich ist in den letzten 20 Jahren deutlich angestiegen. Es ist naheliegend, dass die Mehrheit dieser Leute ebenfalls an solchen Events teilnimmt. Die wachsende Nachfrage führt dazu, dass auch in den Quartieren ein stetiger Anstieg zu verzeichnen ist.

Populäre Anlässe haben es schwerer

Es ist mir unverständlich, warum der Stadtrat einen Anlass, der zwei Millionen Besucher anzieht, derart auflösen kann, während andererseits Millionen fürs Theater und andere kulturelle Aktivitäten übrigbleiben, die jedoch meist weniger besucht werden.

Auch die Street Parade, ein Techno-Festival, auf dem ausschliesslich Party-

gänger und DJs mit lauter Musik erwartet werden, ist von geringer Priorität. Das Züri Fäscht ist nämlich für grosse und kleine Leute konzipiert. Es hat eine grosse lokale Ausrichtung und richtet sich vorrangig an die Bewohner des Ortes. Wenn Events wie das Züri Fäscht derart grosse Resonanz finden, kann man eigentlich etwas bewirken und kann stolz darauf sein, was in den vergangenen Jahren an Fortschritten erzielt wurde.

Nur die linke Regierung ist anderer Ansicht. Anlässe, die die breite Masse ansprechen, werden kaum mehr erleben können, da die Behörden immer komplexere Auflagen verlangen.

Das Sterben des Volksfestes kann nicht einfach hingenommen werden. Wir fordern vom Stadtrat, dass er erneut einen Auftrag zur Erstellung eines Konzeptes für ein neues Stadtfest mit derselben oder neuer Trägerschaft erteilt, das Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt würde, um eine rasche Lösung für das Züri Fäscht zu finden, das viele weiterhin wollen.



Das Züri Fäscht 2019: Wird man in Zukunft solche Bilder noch sehen?

Tambako The Jaguar (Flickr.com)

AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

Das liebe Littering!

Das Littering-Problem bleibt ungelöst. Was es bräuchte, wäre wieder mehr individuelle Verantwortung für den öffentlichen Raum.



Konrad Lips
Fraktionspräsident/
Gemeinderat SVP
Dietikon

Das letzte Mal berichtete ich, dass wir im Gemeinderat fünf Vorstösse zum Thema Littering hatten: vier Postulate und eine Interpellation. Was ist passiert?

Der Stadtrat wollte drei Postulate übernehmen. Schon im Vorfeld der Gemeinderatssitzung sprachen die anderen Parteien mit den Postulanten (Die Mitte und FDP) und schlugen vor, alles in einen Vorstoss zu packen. Dies lehnten sie ab, und so kam es, wie es kommen musste: Die vier Postulate wurden nicht an den Stadtrat überwiesen. Die Vorstösse lösen das Problem Littering nicht und bescheren der Verwaltung viel Arbeit. In einem wurde auch gefordert, dass die Bussen von heute 200 Franken auf 300 Franken erhöht werden, so wie es jetzt in Bern vorgeschlagen wird. Zum jetzigen Zeitpunkt bringt das nichts, weil schon ein Flickenteppich von Bussen in der Höhe besteht. Jede Gemeinde hat einen ande-

ren Satz! Das war ja gerade letztes in den Medien.

Die Bevölkerung muss mehr Sorge tragen

Man muss die Abfallsünder gleich auf frischer Tat erwischen oder ausfindig machen können, wer es war. Heute schon haben wir jemand vom Werkhof, der illegal entsorgten Müll einsammelt und versucht, den Abfallsünder herauszufinden. Dies gelingt zum Teil, und man kann ihn dann zur Kasse bitten. Bei vielem ist dies aber nicht möglich, wie bei Zigarettenstummeln, Dosen, Flaschen und so weiter. Diese werden dann von der Strassenreinigung entsorgt. Uns wurde vorgeworfen, dass wir keine saubere Stadt wollen. Dem ist nicht so! Einer der ersten Vorstösse kam aus unseren Reihen. Politische Vorstösse bringen in dieser Sache leider sehr wenig. Gefragt wäre, dass die ganze Bevölkerung das, was wir haben, mehr wertschätzt und Sorge trägt. Auch wir gingen früher in den Wald zum Grillieren und hatten eine gute Zeit. Aber am Schluss räumten wir den Platz wieder auf und nahmen den Abfall mit nach Hause.

Es gibt Länder, in denen es keine öffentlichen Abfalleimer gibt, zum Bei-

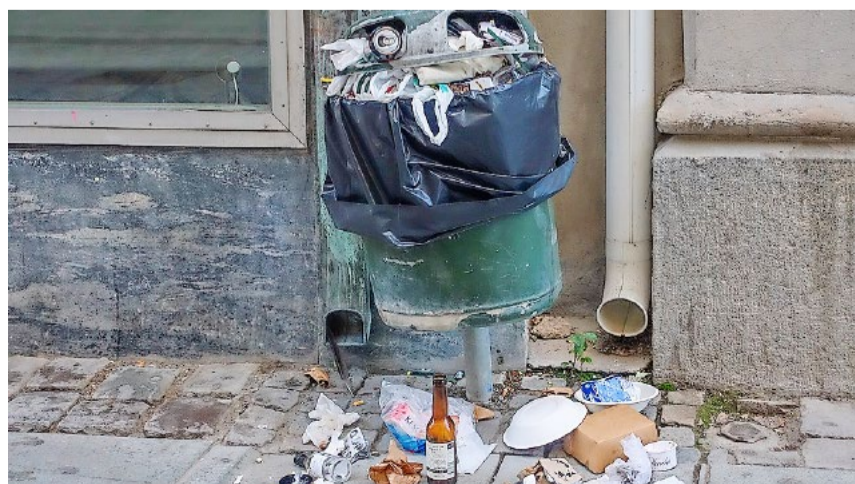
spiel Japan. Und siehe da, die Städte sind auch nicht zugemüllt, weil jeder weiss, dass man den Abfall mit nach Hause nimmt und dort entsorgt, statt im öffentlichen Raum.

Wahlkampf in Dietikon

So, verlassen wir dieses Thema, es wird uns in Dietikon sicher weiter beschäftigen. Vor dem zweiten Wahlgang zum Ständerat besuchten uns Nationalrat Gregor Rutz und alt Bundesrat Ueli Maurer bei einem Anlass in einer kleinen Brauerei in Dietikon. Leider hat es

für Gregor nicht gereicht. Wir bedanken uns bei Gregor, dass er das Limmattal nicht vergessen hat! Ja, das Limmattal hat keinen direkten Vertreter mehr in Bern. Der letzte war Hans Egloff. Liebe Vertreter im Nationalrat und Kantonsrat, vergesst das Limmattal nicht!

Es ist eine Wachstumsregion. Wir müssen schauen, dass wir in der Agglomeration auch stark vertreten bleiben und dass die kleinen Städte nicht nach links rutschen. Ich wünsche euch eine schöne Adventszeit, die bei uns mit dem Weihnachtsmarkt und dem grossen Chlauseinzug am 3. Dezember beginnt.



Littering, wie hier in Schweden, ist weltweit ein Problem.

Bild: Wikipedia

SICHERHEIT UND MIGRATION

Erhöhte Sicherheitsvorkehrungen an diesjährigen Weihnachtsmärkten

Angesichts der instabilen geopolitischen Lage ist die Politik der offenen Grenzen gefährlich. Es braucht deshalb wieder systematische Grenzkontrollen.



Tiziana Meier
Sozialkommission SVP
Wangen-Brüttisellen

Die Weihnachtsmärkte haben in der Schweiz eine lange Tradition. An dekorierten Ständen und Holzhäuschen werden Glühwein, Raclette oder handgemachte Accessoires verkauft. Die Stimmung ist besinnlich und gemütlich.

Auch dieses Jahr haben am letzten Donnerstag die grossen Zürcher Weihnachtsmärkte ihre Tore geöffnet. Allerdings mussten die Sicherheitsvorkehrungen verschärft werden, nachdem im Jahr 2016 ein islamistischer Terrorist mit einem gestohlenen Lastwagen auf einem Weihnachtsmarkt in Berlin mindestens zwölf Menschen getötet hatte. Seitdem gehören neben Marktständen und Christbäumen auch Betonvorrichtungen an den Eingängen zum Bild der Weihnachtsmärkte. Die aktuellen kriegerischen Ereignisse im Nahen Osten

bedingen eine erhöhte Terrorgefahr, was zur Folge hat, dass das Sicherheitsdispositiv, insbesondere rund um die Weihnachtsmärkte, dieses Jahr noch verstärkt werden musste. In Zürich und Bern erhöhte die Polizei die Patrouillentätigkeit, und es werden generell mehr Sicherheitskräfte eingesetzt.

Wiedereinführung von Grenzkontrollen gefordert

Der Krieg im Gazastreifen hat Auswirkungen bis nach Europa. In Frankreich und Belgien wurde nach islamistischen Anschlägen im vergangenen Oktober die höchste Terrorwarnstufe ausgerufen.

Auch der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) beurteilt die Gefahr für Terroranschläge in der Schweiz aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten zurzeit als erhöht. Wegen der aktuellen, weltweiten Sicherheitslage, der wachsenden Migration und der Terrorangst haben gewisse Länder innerhalb der Europäischen Union bereits Grenzkontrollen eingeführt. Auch hierzulande werden politische Forderungen nach einem verstärkten Grenzschutz laut.

So fordert die SVP die Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen, dazu hat sie Ende Oktober eine entsprechende Petition gestartet. Die Weihnachtsmärkte werden in absehbarer Zeit realistisch leider nach wie vor unter verstärktem Schutz stehen müssen.

Die Wiedereinführung von geregelten Grenzkontrollen kann jedoch dazu beitragen, das aktuelle Sicherheitsproblem einzudämmen.



Weihnachtsmarkt beim Bellevue.

Bild: Wikipedia

MEDIENMITTEILUNG DER SVP UND DER FDP KANTON ZÜRICH VOM 30. NOVEMBER

SVP und FDP sorgen für Verbesserung des Budgets: Jetzt muss der Mittelstand entlastet werden

Die bürgerlichen Mitglieder der Finanzkommission (FIKO) haben das Budget des Kantons Zürich erfolgreich verbessert. Jetzt gilt es, ein Ausgabenwachstum zu verhindern und den Mittelstand steuerlich zu entlasten.

Im Zuge des Budgetierungsprozesses hat die Finanzkommission (FIKO) des Zürcher Kantonsrates die Ausarbeitung des Budgets für das Jahr 2024 erfolgreich abgeschlossen. Mit einem vorgeschlagenen Steuerfuss von 98 Prozent empfiehlt sie dem Kantonsrat, einen Aufwandüberschuss von 188 Millionen Franken sowie Investitionsausgaben in Höhe von 1'264 Millionen Franken zu genehmigen. Diese Empfehlung stellt im Vergleich zum ursprünglichen Antrag des Regierungsrates eine Verbesserung des Budgets um 182 Millionen Franken dar.

Bei Budget und Personalwachstum Mass halten

SVP und FDP begrüßen die Verbesserung des Budgets, die dank deren Mitgliedern in der FIKO zustande gekommen ist. FIKO-Mitglied Karl Heinz Meyer meint dazu: «In einer Zeit, in der viele KMU – insbesondere solche, die im Export tätig sind – Probleme mit dem Wechselkurs, stark gestiegene Energiekosten und Fachkräftemangel haben, muss ein massvolles Budget oberstes Gebot sein.» Sorgen bereitet weiterhin das kontinuierliche Personalwachstum. Im neuen Jahr werden über 1'300 neue Stellen geschaffen, alleine in den Direktionen und der Staatskanzlei sind mehr als 860 Stellen vorgesehen. FIKO-Mitglied Beat Habegger sagt dazu: «Der Kanton kann nicht jedes Jahr so massiv Stellen aufbauen. Wir fordern endlich eine wirksame Personalbremse.» Schliesslich muss angesichts der gestiegenen Zinsen der Selbstfinanzierungsgrad bei 80 % stabilisiert werden. Es ist

wichtig, Investitionen nach Prioritäten zu ordnen und nicht Maximalansprüche umzusetzen.

Entlastung des Mittelstands

In den letzten Jahren hat vor allem der Mittelstand zu den guten Rechnungsabschlüssen des Kantons Zürich beigetragen. Aktuell leidet dieser unter der schwierigen wirtschaftlichen Situation und der Steuerlast wie keine an-

dere Gesellschaftsgruppe. SVP und FDP sind deshalb enttäuscht darüber, dass sowohl der Regierungsrat als auch die Mehrheit der FIKO dem Kantonsrat nur eine Reduktion von einem Steuerprozent empfiehlt.

Das ist zu wenig. SVP und FDP werden sich im Kantonsrat weiterhin für eine Steuerreduktion von 2% einsetzen, damit alle Zürcherinnen und Zürcher entlastet werden.



Der Mittelstand soll steuerlich entlastet werden.

Bild: Adobe Stock

AUS DEM SEKRETARIAT

100 Tage (und ein wenig mehr) auf dem Parteisekretariat

Die Sekretariatsmitarbeiterin Silvia Weidmann berichtet von ihren Erfahrungen auf dem Parteisekretariat der SVP Kanton Zürich.



Jeder Tag bringt neue Herausforderungen. Silvia Weidmann auf dem Sekretariat der SVP Kanton Zürich. Bild: ZVG

Vorweg, nein, ich bin nicht mit Tobias Weidmann verwandt! Wir tragen nur den gleichen Nachnamen.

Im März 2023 habe ich nach elf Jahren im Vorstand der Sektion Neftenbach mein Amt als Präsidentin abgegeben. Nach dieser langen Zeit im Vorstand und auch nach fünf Jahren Gemeinderatserfahrungen wollte ich im politischen Leben kürzertreten und mich beruflich neu orientieren.

Aber dann flatterte Ende März der Zürcher Bote auf meinen Tisch und das Stelleninserat der SVP Kanton Zürich für eine neue Empfang- und Sekretariatsmitarbeiterin sprang mir buchstäblich in die Augen. Der Stellenbescriber versprach einen interessanten Job, bei dem ich meine kaufmännischen Kenntnisse, meine Erfahrungen als Vorstandsmitglied und auch meine Fähigkeiten als Hotelsekretärin einbringen könnte.

Das Vorstellungsgespräch war fordernd. Die Zusage, dass ich Mitte Mai meine neue Stelle antreten kann, freute mich deshalb ausserordentlich.

Vielfältiges Aufgabenportfolio

Ich wurde von meinen neuen Arbeitskollegen und der -kollegin sehr herzlich empfangen und sorgfältig in meine neuen Aufgaben eingeführt. Neben den alltäglichen Büroarbeiten, die sich je nach Tagesaktualitäten ergeben, übernehme ich verschiedene Aufgaben: Ich arbeite am Empfang und bediene das Telefon. Ich bin für die Inserate im Zürcher Bote zuständig und erfasse die redaktionellen Artikel für die Homepage von der SVP Kanton Zürich. In Zukunft werde ich auch bei der Organisation von Anlässen mitarbeiten und die Veranstalter unterstützen, wo mir meine Erfahrungen aus der Gastronomie nützlich sind.

Geschäftiger Arbeitsbeginn

In meinen ersten Wochen hatte ich unzählige Listen erstellt, Daten nachgeführt, korrigiert, nach Filtern sortiert und ausgedruckt. Dies für Anlässe oder

aber hauptsächlich für die Nationalratswahlen. Listen, Listen, Listen!

Ich habe für die Nationalratskandidaten von den Unterlisten Ü55, Secondos und KMU die Einholung der Unterschriften auf ihren Wahlvorschlag organisiert und bin an neun verschiedenen Treffpunkten gefahren, um sie persönlich unterschreiben zu lassen. Gerade eine gute Gelegenheit, die verschiedenen Politiker kurz kennenzulernen.

Spontanität ist gefragt

Es ist für mich täglich sehr interessant, zu erfahren, was wir auf dem Sekretariat alles für die Partei und für die Sektionen erledigen. Jede Anfrage wird nach besten Möglichkeiten beantwortet oder es wird nach Lösungen gesucht oder meistens gerade eine Lösung angeboten. Wenn man den Telefonhörer abnimmt, weiss man nicht, was einen erwartet: ein Politiker, ein Vorstandsmitglied aus einer Sektion oder ein frustrierter Anrufer oder eine erzürnte Anruferin, die Sorgen abladen möchten. Manchmal auch jemand, der Unterstützung bei der Wiederherstellung der Ruhe in seinem Wohnort wünscht oder der befürchtet, dass die Lebenskosten explodieren. Zuhören hilft meistens schon mal und beruhigt die Gemüter. Jedes Gespräch wird ernst genommen und je nach Thema nach Lösungen gesucht. Aber es gibt auch immer mal wieder die Situation, da bin ich mir nicht sicher, ob ich einem Telefonjoker aufhocke. Nach über 100 Tagen oder besser gesagt mehreren sehr interessanten Monaten an meiner neuen Stelle kann ich zusammenfassen: Hier habe ich eine spannende neue Herausforderung gefunden und mit meinen Lebenserfahrungen kann ich mich in vielen Bereichen einbringen. Ich bin am richtigen Ort angekommen! Und ich schätze es sehr, zu einem Team zu gehören, das füreinander da ist und zusammenhält.

Silvia Weidmann,
Sekretariatsmitarbeiterin, Neftenbach

Albiguetli-Tagung SVP
Die grösste politische Veranstaltung der SVP

19. Januar 2024
nur noch wenige Plätze frei!

36. Albiguetli-Tagung
Melden Sie sich an! Infos:

Möchten Sie die Albiguetli-Tagung finanziell unterstützen?
IBAN CH32 0900 0000 8762 7681 2
SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Vielen Dank für Ihren Beitrag!

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

AUS DEM KANTON ZÜRICH

Spatenstich in Alten für 13 Wohnungen mit viel Holz

Am 15. November ist in Alten in Andelfingen der Spatenstich für 13 Wohneinheiten erfolgt. Diese werden vorwiegend mit Holzelementbauten realisiert, wobei rund 500m³ Bauholz verbaut werden. Dies bedeutet für das Dorf in Sachen Bevölkerung einen markanten Wachstumsschritt.

RoMü. Für die neue Wohnsiedlung «Schalchenried» am nördlichen Dorfrand in Alten mussten ein sehr baufälliges, seit Jahren nicht mehr bewohntes Bauernhaus und ein mit Asbest belastetes Einfamilienhaus direkt weichen. «Wir werden hier in zwei Gebäuden zehn grosse 6½- bis 7½-Zimmer-Reihen Häuser mit Gärten sowie drei weitere Wohnungen in einem dritten Gebäude realisieren», führte Bauherr Martin Schaub von der Robert Schaub AG aus.

Moderne Holzbauweise
Dieses in Andelfingen domizilierte Holzbau- und Sägereiunternehmen gilt als Pionierin, wenn es um den modernen Holzbau für das Wohnen geht. «Unser Betrieb fertigt diese Neubauten im benachbarten Andelfingen in hochwertiger und nachhaltiger Holzbauweise mit Holz aus der Region», sagt Schaub. Zu seinen Vorzeigebauwerken gehört das direkt an das Firmengelände an-

grenzende Quartier «Auf Bollen». Diese als Minergiesiedlung erstellten 70 Wohneinheiten sind mit Holzelementen gebaut worden. «Wir werden für die 13 Minergie-Wohneinheiten in Alten rund 500m³ Bauholz verbauen», erklärte Martin Schaub. Dies entspricht etwas mehr als 1000 m³ Rundholz. Grundsätzlich wird überall ab der Bodenplatte Holz als Baustoff verwendet. Das gesamte Bauvolumen für die Wohngebäude umfasst 11 000 m³ und weitere 4000 m³ für die Tiefgarage und weitere Räumlichkeiten.

Spatenstich mit vielen Teilnehmern
Diesem Spatenstich wohnten neben den beteiligten Handwerkern auch die Nachbarschaft, Behörden und die Familie bei, die als erste einziehen wird. Die entsprechenden Grundstücke und Liegenschaften wurden im November 2021 erworben und das Baugesuch im Sommer 2022 eingereicht. Ein kleines, eingedoltes Gewässer im Baubereich sorg-

te für eine Bauverzögerung. Doch nun liegt seit einigen Tagen die entsprechende Baubewilligung vor, sodass der Baustart erfolgen konnte. Zugleich liegt ein Teil der Bauparzelle in der Kernzone A. «Hier hat der kantonale Ortsbildschutz mitgeredet», sagte Schaub. Entsprechend wird das abgebrochene, sehr baufällige Bauernhaus bezüglich Lage und Ausrichtung durch einen Neubau ersetzt, wo es drei Wohnungen geben wird.

Wachstumsschub für Alten ZH
Direkt gegenüber der Hauptstrasse musste die Bauherrschaft zudem eine weitere Parzelle übernehmen, wo neben einem Spielplatz auch Besucherparkplätze entstehen werden. Die Überbauung wird in drei Etappen realisiert, wobei die ersten Wohneinheiten bereits in einem Jahr bezogen werden können.

Diese Überbauung wird in Alten mit seinen knapp 300 Einwohnern und 100 Haushaltungen mit den neuen,

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 67. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 2. Dezember 2023, 19.00 Uhr, Jahresausklang, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich/Kreis 12
Dienstag, 5. Dezember 2023, 19.30 Uhr, Chlaushöck, My Pizza Restaurant, Dübendorfstrasse 24, Zürich-Schwamendingen.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 1. Dezember 2023, 19.00 Uhr, Höck am Uster Märt, Treffpunkt Bahnhof Uster. Anmeldung an helfenberger@jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Samstag, 9. Dezember 2023, 19.00 Uhr, SVP-Treff, Weihnachtsmarkt, beim Feuerwehrverein, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Weiningen
Samstag, 16. Dezember 2023, 10.00 Uhr, Sessionsapéro, Schlössli Weiningen, mit Nationalrat Alfred Heer und Kantonsrat Roger Schmidinger.



Alle beteiligten Handwerker, Bauherren sowie Gäste und erste Bewohner führen gemeinsam den Spatenstich aus. Bild: Roland Müller

sehr familienfreundlichen, grossen Wohnungen ab 199 m² Wohnfläche zu einem markanten Wachstumsschub führen.

Nachhaltigkeits-Initiative

Keine 10-Millionen-Schweiz

Das will die Initiative erreichen:
JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

10 Millionen

Spendenkonto:
IBAN: CH45 0884 5330 3556 0000 0
IG Nachhaltigkeitsinitiative

Jetzt Volksinitiative unterschreiben nachhaltigkeitsinitiative.ch